

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

5.1.1862 (No. 4)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 5. Januar.

1862.

N. 4.

Borauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende Dezember abgelassen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 fr., und halbjährlich 4 fl. 8 fr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 fr., halbjährlich 4 fl. 45 fr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

## Telegramme.

**St. Petersburg, Samstag 4. Jan.** Dem Bernehmen nach hat Rußland beim Beginn des englisch-amerikanischen Streits seinen ganzen Einfluß zu Washington zu Gunsten des Friedens angeboten, noch neuerdings Schritte in diesem Sinne gethan, und die von dem russischen Gesandten aus Washington erhaltenen Berichte sämtlichen Großmächten mitgetheilt.

**Polnische Grenze, 2. Jan.** Wie der „Schles. Ztg.“ aus Warschau mitgetheilt wird, wollte man daselbst wissen, daß Fürst Gzartorski eine Audienz beim Papst gehabt, und daß Letzterer das Verfahren Dialektisches billigt habe.

**Polnische Grenze, 2. Jan. (A. 3.)** Hr. v. Zylinski, der St. Petersburger katholische Bischof, ist zum Erzbischof in Warschau ernannt. Die Aufhebung des Kriegszustandes soll in Aussicht sein. Die Stadt ist sehr ruhig.

**New-York, 20. Dez.** Das Gerücht geht, in Mexiko habe eine Schlacht stattgefunden; 1300 Konföderirte seien von den Bundesstruppen umringt worden und hätten sich mit Waffen und Gepäck ergeben. Einem zweiten Gerücht zufolge hätten die Bundesstruppen Galveston geräumt. 120,000 Pfund Baumwolle sind von Beaumont hier angekommen; 400,000 weitere Pfund liegen zum Einschiffen bereit. Vizepräsident Stephens soll ernstlich erkrankt sein. Außerdem ist das Gerücht verbreitet, dem Kongress liege ein Vertrag mit Mexiko vor. Durch diesen Vertrag willige die Bundesregierung ein, 11 Millionen Dollars an Mexiko zu bezahlen, die zur Befriedigung der englischen und französischen Forderungen dienen sollten; dagegen würde Mexiko Amerika Handelsprivilegien und die Erlaubniß des Truppenüberganges durch mexikanisches Gebiet bewilligen.

## Der letzte Katholik.

(Fortsetzung aus Nr. 308 v. J.)

„Littia trat in ihrer Tochter Hans, die tiefbedrückte Mutter. Es war eine reiche, mit aller Ueppigkeit ausgestattete Wohnung; denn die staatlichen Erbschaften hatten, schien es, den friedlichen Mann und Meister der Kunst nicht berührt. In ihren Sälen hing noch viele von des Ritters Werken — sogar einige königliche Bildnisse. Allein das Bild, das am meisten Lilitien bezauberte, war das ihrer schönen Marie.“ — ein Zeichen vom Bandy's Bewunderung seiner jungen Frau und ein Zeichen der wunderbaren Schönheit, welche die letzte Tochter des Katholengeschlechts besaß. Am Ansehen der lieblichen Bänder vergaß die Mutter die grausame Vernachlässigung, die sie hier eine volle Stunde im Vorzimmer des eigenen Kindes waren. Eine Kammer mit einem etwa einjährigen Säugling auf dem Arm ging durch das Gemach. Bei seinem Anblick erwachte die Liebe, welche die Natur mit solcher Stärke neubildet der dritten Geschlechtsfolge zuführt, in der betagten Großmutter Herzen. Bis jetzt hatte sie nicht viel an den Enkel gedacht; nun aber regte sich ein heftiges Sehnen nach diesem neuen Bände, das alle die verlorbenen oder abgerissenen wieder schliessen mochte. Mit Erlaunen fand sich die Amme von einem betagten Weibchen aufgehalten, das zitternd und in Thränen, das Kind sehen zu dürfen bat. „O, wie ich dich liebe!“ rief sie, halb beschämt, die Amme, daß sie dar nach zu fragen hatte. „Wie heißt es?“ fragte sie, halb beschämt, die Amme, daß sie dar nach zu fragen hatte. „Wie heißt es?“ fragte sie, halb beschämt, die Amme, daß sie dar nach zu fragen hatte.

## Ein preussisches Aktenstück zur deutschen Frage.

Berlin, 2. Jan. In einer Depesche vom 20. Dez. v. J. hat Graf Bernstorff die Bundesreform-Vorschläge beantwortet, welche Hr. v. Beust der preussischen Regierung vorgelegt hat. Die „Zeit“ ist in der Lage, die Hauptgedanken dieser Antwort mitzutheilen. Man ersieht daraus, daß bei der Beurtheilung des sächsischen Reformplans das Berliner Kabinett zugleich ohne Umhüwe die Richtung ausspricht, in welcher nach dieser Ansicht die Bundesreform zu geschehen hätte. Bei Beurtheilung der Durchführbarkeit von Bundesverbesserungs-Vorschlägen wird man ohne Zweifel genau zu unterscheiden haben, ob dieselben auf den ganzen Komplex der Staaten, welche von dem Bundesverhältnis umfaßt werden, berechnet sind, oder ob sie darauf ausgehen, in der That des heutigen Staatenbundes und unter Konservirung des letzteren einen Bundesstaat zu begründen. An diesen Unterschied knüpft Graf Bernstorff an.

Es ist keine Frage, daß ein Bundesverband, an dem zwei Großmächte und eine noch größere Zahl von Staaten, welche den Schwerpunkt ihres Organismus außerhalb des Bundesverhältnisses haben, betheilt sind, nicht in bundesstaatlicher Richtung, d. h. in einer Richtung entwickelt werden kann, die eine gesteigerte Beschränkung der Autonomie der einzelnen Staaten voraussetzt. Hr. v. Beust hat sich nun allerdings dagegen verwahrt, daß seine Vorschläge eine Reform bezwecken, welche über die Form des Staatenbundes hinausgehe. Indessen zielen dieselben doch darauf ab, eine über das Ganze des Bundes sich erstreckende höhere Staatsgewalt zu konstituieren, welche die wesentlichen Befugnisse einer solchen Gewalt, nämlich die der Gesetzgebung zu der selbstständigen Verwaltung und Ausführung in sich vereinigt. Graf Bernstorff erklärt nun, daß, sofern die Bundesreform sich auf den ganzen Bestand des Bundes beziehe, sie nach dieser Ansicht eine den Vorschlägen des Hrn. v. Beust geradezu entgegenliegende Richtung einschlagen müsse. Denn in diesem Fall komme es besonders darauf an, daß der völlerrechtliche Charakter des Bundes in seiner Reinheit hergestellt, daß seine Grundlagen von der bedenklichen Vermischung mit Fragen des inneren Staatsrechts befreit, und dem Zwecke des Bundes entsprechend, der in der Erhaltung der Integrität und der Sicherheit der Gesamtheit bestehe, vereinfacht würden.

Was fernere Vereinigung der Glieder der Gesamtheit auf dem Gebiete des inneren Staatsrechts zweckmäßig erscheinen, werde sich der Weg freier Vereinbarungen immer am erfolgreichsten erweisen. Bei Veränderungen der Bundesorgane werde es hauptsächlich darauf ankommen, den realen Machtverhältnissen in der Staaten größere Rechnung, als bisher, zu tragen. Dieses Hauptgebrechen der bisherigen Bundesverfassung lasse aber Hr. v. Beust bestehen. Auch nach ihm sollten die beiden Großstaaten, wie bisher, nur ein Stimmrecht erhalten. Diesem Gesichtspunkte haben ja in der von Hr. v. Beust vorgeschlagenen Volksvertretung, in Betreff welcher zwar auch Graf Bernstorff der Ansicht sei, daß sie am besten durch Delegationen der einzelnen Landtage gebildet werde, solle den beiden Großmächten noch nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten zugetheilt werden. Die Unmöglichkeit, für die Gesamtheit aller Bundesglieder einen Organismus zu schaffen, welcher die wesentlichen Prädikate einer das Ganze beherrschenden Staatsgewalt hat,

den Diener des Herrn und des Parlaments, und damit, meine Damen, ziehe ich mich zurück. Schönste Marie, ein kurzes Lebensziel! — Er küßte der jungen Witwe mit einer feineswegs puritanischen Zärtlichkeit und Zierlichkeit die Hand und verschwand. Mutter und Tochter verbrachten eine Stunde allein. Marie plauderte munter von sich selbst und ihrem Hausstand, und schien daran, mit der vorrückenden Zeit, ermüdet und unruhig zu werden. Doch Lilitia sah immer da und hörte zu und fand die Kraft nicht, zu sagen, was ihr auf dem Herzen lag. Hätte es nur in ein liebes Ohr zu flüstern gegolten: „Kind, Deine Mutter ist in Noth!“ — aber zu dieser Frau es sagen, der so vornehmen, so mit sich beschäftigten, es fäße ja wie Betteln aus. Und doch mußte es geschehen. Zitternd begann sie mit der Erzählung von ihrem geraubten Geldtäschchen.

„Du brauchst also etwas Münze zum Heimweg.“ sagte Dame Bandy. Sie rief einem Diener und ließ ihn, in gleichgiltig hingeworfenem Tone, eine kleine Koffer mit Silberkücken holen und „der Dame“ übergeben. Einen Augenblick zogen sich Lilitia's Finger zurück; die Geldstücke schienen sie wie flüssige Gluth zu brennen; allein das Mutterherz, das Entschuldigungen bis zum Allerlegten fand, stärkte, Marie meinte es gut, und schloß nur in der Art; sie nahm also das Bettelgebet; wie konnte ihre Tochter ahnen, daß es das letzte Hilfsmittel der betagten Eltern wider völligen Mangel sei. . . . ?

Doch — doch blieb eben die herbe Wahrheit ungesagt. Marie schien zwischen Unbehagen und einem Gefühl von Pflicht zu kämpfen, da ließ sich draußen Herr Johannes Pryle's schwerer Fußtritt und sein zu einer geistlichen Niederweife herabgestimmtes lautes Pfeifen vernehmen. Dame Bandy stand auf. (Fortsetzung folgt.)

wird nun in der Depesche an einzelnen Hauptpunkten nachgewiesen. Die Uebertragung der Exekutivgewalt z. B. an drei Bundesfürsten widerspreche schon der Stellung der Souveräne von Oesterreich und Preußen, sowie der selbständigen Politik ihrer Kabinette. Ebenso sei es unzulässig, daß aber Verfassungsfragen von Staaten, die nur theilweise dem Bundesangehören, ein Bundesgericht kompetent sein solle.

Nicht minder bedenklich wäre die Erhebung der technischen Militärkommission, zumal in ihrer jetzigen Zusammensetzung, zu einer selbständigen Verwaltungsbehörde. Eine kräftige Zentralgewalt, sei es in einheitlicher oder zusammengesetzter Form, sei demnach für die Bundesgesamtheit unausführbar, wohl aber — und damit spricht die Depesche ihren positiven Gedanken aus — sei es ausführbar, einen Bundesstaat im Staatenbunde zu begründen und für diesen engeren Verband das militärische Oberkommando, sowie die diplomatische Vertretung in Einer Hand zu vereinigen. Hr. v. Beust hatte in einem Nachtrag zu seiner Denkschrift die Ansicht ausgesprochen, daß die Vereinigung eines Theiles der Bundesgenossen zu einem engeren Verbands die Folge haben müsse, daß der weitere Bund zu einem von den wechselnden politischen Umständen abhängigen Allianzvertrag herabsinke. Graf Bernstorff erklärt, daß diese Ansicht durch Nichts motivirt sei. Es sei nicht einzusehen, inwiefern die Bildung eines Bundesstaats innerhalb des Staatenbundes mit der Fortsetzung des letzteren unvereinbar sei, oder wie die Benützung des in Artikel 11 der Bundesakte gewährten Bündnisrechts durch einen Theil der Bundesgenossen die Rechte und Pflichten der übrigen verändern solle. Wohl aber werde durch eine solche Gestalt die Widerstandskraft des ganzen Bundes — und wir dürfen hinzufügen, auch zum Vortheil des Theiles, der dem engeren Verband nicht angehört, faun — gesteigert werden.

Graf Bernstorff schließt mit der Anerkennung, daß Hr. v. Beust das unabwiesliche Bedürfniß der Bundesreform, so unumwunden ausgesprochen habe, und bekennt sich auch seinerseits zu der Ueberzeugung, daß es hohe Zeit und im Interesse der Deputation und des Rechts geboten sei, in dieser Angelegenheit zu einer offenen Auseinandersetzung unter den Bundesgenossen zu gelangen.

## Zur Gewerbefrage.

Zu Artikel 4 lautet die Begründung: „Von Anhängern der unbedingtesten Gewerbefreiheit wurde der Satz zu vertheidigen gesucht, daß die Gewerbebefugnisse, welche den Inländern zustehen, auch allen Ausländern ohne Unterschied der Nationalität einzuräumen seien. Sie berufen sich auf das Beispiel der großen Industriestaaten, in welchen der geschickte und fleißige fremde Arbeiter stets willkommen Aufnahme gefunden habe, weil man eingesehen, daß ein solcher Zufluß fremder Kräfte nicht nur nicht schädlich, sondern höchst nützlich sei. Es wäre allerdings zu wünschen, daß unser Gewerbebestand die Konkurrenz mit den tüchtigsten Kräften des Auslandes anzuhalten vermöchte. Dieser Zustand ist aber noch nicht eingetreten. Es wird daher vorerh noch bei dem Grundsatz sein Bewenden behalten müssen, daß Ausländer nur entweder nach Maßgabe der mit ihrem Heimathstaat

den Diener des Herrn und des Parlaments, und damit, meine Damen, ziehe ich mich zurück. Schönste Marie, ein kurzes Lebensziel! — Er küßte der jungen Witwe mit einer feineswegs puritanischen Zärtlichkeit und Zierlichkeit die Hand und verschwand. Mutter und Tochter verbrachten eine Stunde allein. Marie plauderte munter von sich selbst und ihrem Hausstand, und schien daran, mit der vorrückenden Zeit, ermüdet und unruhig zu werden. Doch Lilitia sah immer da und hörte zu und fand die Kraft nicht, zu sagen, was ihr auf dem Herzen lag. Hätte es nur in ein liebes Ohr zu flüstern gegolten: „Kind, Deine Mutter ist in Noth!“ — aber zu dieser Frau es sagen, der so vornehmen, so mit sich beschäftigten, es fäße ja wie Betteln aus. Und doch mußte es geschehen. Zitternd begann sie mit der Erzählung von ihrem geraubten Geldtäschchen.

Es ist noch vorhanden und zu sehen im königlichen Schloß Championcourt bei London.

abgeschlossenen Staatsverträge oder mit spezieller Erlaubnis der Staatsregierung im Großherzogthum selbständig Gewerbe betreiben dürfen. Diese Erlaubnis ist bisher nie versagt worden, wo entweder ein Bedürfnis oder ein offener Nutzen die Ertheilung desselben räthlich erscheinen ließ. Der Besuch der Messen und der Jahrmärkte ist den Ausländern schon bisher unversehrt gewesen. Reisen und Aufenthalt der inländischen Arbeiter und Arbeitgeber im Ausland werden künftig hin nicht abnehmen. Auch der Handel und die Presse vermitteln für weitere Kreise eine rasche Bekanntschaft mit den Erfindungen und Gewerbezeugnissen des Auslandes. Es bleiben somit fortan mancherlei Wege offen, auf welchen sich der wohlthätige Einfluß ausländischer Industrie neben dem Schutz geltend machen kann, welchen man der inländischen noch nicht entziehen darf.

Hinsichtlich der Zulassung der Angehörigen deutscher Bundesstaaten hatte sich der erste Entwurf ganz und gar auf das Prinzip der Reciprozität gestellt; er wollte dieser Kategorie von Ausländern die Gewerbebefugnisse des Inländers nur insoweit gestatten, als in ihrem eigenen Heimathstaate dem Badener die gleichen Befugnisse, und zwar gegenseitig, eingeräumt seien.

Seither sind in den Gesetzgebungen mehrerer Bundesstaaten Veränderungen eingetreten, oder doch vorbereitet, welche theils schon an und für sich, theils in Folge des Grundgesetzes der Gegenseitigkeit den Badener künftighin ohne weiteres zur gewerblichen Niederlassung in diesen Staaten zulassen werden. Dies gilt namentlich von den königlich preussischen Ländern und von Württemberg, das heißt von denjenigen beiden Staaten, aus welchen bis jetzt verhältnismäßig die Mehrzahl fremder Gewerbetreibenden bei uns eingewandert ist. Demnach wäre die Wirkung, welche mit der beschränkenden Fassung des ersten Entwurfes beabsichtigt wurde, größtentheils schon von vorn herein paralysirt. Bei dieser Sachlage schien es passender, einen Schritt weiter zu gehen und denjenigen Grundgesetz voranzustellen, welcher auch dem vaterländischen Verlangen mehr zusagt, d. h. die Gleichberechtigung aller Deutschen mit dem Badener als Regel auszusprechen.

So lange indessen noch einzelne deutsche Staaten eine Gesetzgebung beibehalten, welche die eigenen Angehörigen in der selbständigen gewerblichen Niederlassung durch zünftige Einrichtungen, durch das Erforderniß schwieriger Nachweisungen und dergl. erheblich beschränkt, ist die Erwartung nicht unbegründet, es werde aus solchen Staaten eine um so stärkere Einwanderung in das Großherzogthum stattfinden, je mehr dieses durch seine Gesetzgebung die der Freiheit des Erwerbs und der Niederlassung Fremder bisher im Wege gestandenen Hindernisse beseitigt. So willkommen nun auch fremde Kräfte und Kapitalien im Allgemeinen sein mögen, so wird doch von Vielen nicht ohne Grund eine möglichst zunehmende Einwanderung zumal in der ersten Zeit nach Einführung der Gewerbefreiheit mit Besorgniß entgegengesehen, und werden deshalb Maßregeln für Unerwartetes erachtet, wodurch eine Vermehrung der mancherlei Nachtheile, welche in dieser Zeit schon die Freizügigkeit der Inländer unter sich auf so manche Erstickung herbeiführen müßte, vermieden werde. Ferner kann es für uns nicht unter allen Umständen gleichgültig sein, ob ein Staat, dessen Angehörige bei uns den freiesten Zutritt und jegliche Befugniß zum Erwerb erhalten, dem Badener den gleichen Zutritt und die gleiche Nahrungsgelegenheit beharrlich verweigert oder doch sehr erschwert; es wäre einem solchen Verhalten vielleicht durch die Maßregel der Repressalie zu begegnen und abzuhelfen. Diese beiderlei Erwägungen haben zu dem in den Artikel aufgenommenen Vorbehalt geführt, welcher aber absichtlich fakultativ gefaßt wurde, um nicht gehindert zu sein, jeweils die den wechselnden Verhältnissen entsprechende Maßregel zu ergreifen.

Die in den zweiten Absatz des Artikels aufgenommene Bestimmung, wornach alle ausländischen Aktiengesellschaften, also auch solche, welche einem deutschen Bundesstaat angehören, zum Gewerbebetrieb im Großherzogthum besonderer Staatszulassung bedürfen, sofern nicht durch Staatsvertrag etwas Anderes bestimmt ist, rechtfertigt sich durch die zur Zeit noch herrschende Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung und des Verfahrens anderer Staaten bezüglich der Verleihung der juristischen Persönlichkeit und der Gründung von Gesellschaften der genannten Art. Das öffentliche Interesse ist dabei wesentlich in Frage; die unbedingte Zulassung einer anderswärts gegründeten, nur nach dortselbst obwaltenden Rücksichten genehmigten Aktiengesellschaft würde geradezu im Widerspruch stehen mit dem durch unsere Gesetzgebung ziehenden Gedanken, daß der Genehmigung einer solchen Gesellschaft eine eingehende Prüfung ihrer Verhältnisse und eine sorgfältige Erwägung ihres voraussichtlichen Einflusses auf vorhandene Zustände vorausgehen habe. Bei der Gründung einer solchen Gesellschaft im Inlande hat es die Regierung gleich anfänglich in der Hand, diese Prüfung in einer hierlands genügenden Weise vorzunehmen und je nach Umständen die Bedingungen zu bezeichnen, unter welchen sie auf Genehmigung hoffen darf. Die im Ausland gegründeten Aktiengesellschaften aber bedürfen, um auch bei uns als solche anerkannt zu sein, einer besondern Verleihung der juristischen Persönlichkeit für das Großherzogthum nicht mehr, wenn sie einmal nach den Gesetzen des Heimathstaats konstituirte sind. Hieraus ergibt sich die Nothwendigkeit, ihnen gegenüber die gedachte Prüfung und was damit zusammenhängt, dieselbe alsdann vorzunehmen, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb auf das Großherzogthum ausdehnen wollen. In ähnlicher Weise werden ausländische Aktiengesellschaften auch in anderen Staaten nur mit besonderer Regierungserlaubnis zum Gewerbebetrieb zugelassen.

### Deutschland.

Heidelberg, 3. Jan. Die hiesige Bürgerschaft hat sich in den letzten Monaten vorigen Jahres mit nachhaften, für die Interessen der Stadt ersprießlichsten Entwürfen beschäftigt. Wir rechnen dahin die früher schon erwähnte Anlegung einer stiegenden Brücke zwischen Heidelberg und Neuen-

heim, die Erbauung einer Festhalle, die Trockenlegung des sog. Winterhafens, um Bauplätze zu gewinnen, und zu demselben Zweck die Anlegung neuer Straßen in der Mitte der Stadt.

Zu den bedeutenderen Unternehmungen gehört auch die Erweiterung der Zwingerstraße. Dieselbe wird wohl schon in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden, da die Sache bereits von allen Staatsbehörden, welchen eine Entscheidung zusteht, genehmigt worden ist. Einen sehr angenehmen Eindruck hat es dabei auf die Bürgerschaft gemacht, daß die großh. Staatsbehörde einen Theil des Anwesens des großh. Amtsgebäudes, welcher bisher als Gärten und Hofraum benützt wurde und auf den Theil der Kettenstraße stößt, in welche die Zwingerstraße einmündet, unentgeltlich abgetreten hat. Es läßt sich nicht zweifeln, daß alle die genannten Entwürfe im Laufe des Jahres zur Ausführung kommen werden. Dies aber wird u. A. auch den Vortheil bieten, daß die immer steigende Wohnungsnoth gemindert wird.

Vom Neckar, 3. Jan. Mit wahrer Freude haben die Freunde des Gustav-Adolf-Vereins aus dem Neckenschiffsvertrage vom Jahr 1859—1860 erfahren, daß das genannte Jahr ein so gelegenes war, wie der Verein bis jetzt noch keines gehabt hat. Nicht nur in beinahe alle Länder Europas konnten reiche Unterstützungen gesendet werden, sondern auch nach Afrika und Amerika gingen solche ab. Die Gesamteinnahme beträgt 275,850 fl.

Aus dem Mittelrheinkreis, 3. Jan. Der neuesten Nummer des Verordnungsblatts für die evang.-prot. Kirche entnehmen wir, daß nach höchstem Staatsministerial-Beschluß vom 29. Nov. v. J. die Wittwenkassen-Verhältnisse der Wertheim'schen ev. Geistlichen nunmehr dahin geordnet sind, 1) daß diejenigen Geistlichen der fürstlich und gräflich Löwenstein-Wertheim'schen Standesherrschaft, welchen zufolge höchster Entschliesung vom 12. Januar 1856 der provisorische Eintritt in den neubadischen Pfarrwittwen-Fiskus gestattet wurde, nunmehr unter Nachzahlung der Aufnahmestruken und der jährlichen Beiträge seit ihrer ersten Anstellung definitiv in denselben aufgenommen werden; 2) daß die von jetzt an in der Standesherrschaft Wertheim neu angestellt werdenden ev. Geistlichen gegen die gegenseitigen Leistungen zum Eintritt in den neubadischen Pfarrwittwen-Fiskus verpflichtet sein sollen; 3) daß die sämtlichen ev. Pfarrstellen in dem genannten Gebiet bei ihrer nächsten Erledigung in den neubadischen Fiskus einzukaufen sein; und 4) daß die Statuten dieses Fiskus vom 4. Juni 1813 und deren Nachträge, nach Maßgabe obiger Grundzüge abgeändert, auch für das Gebiet der fürstlich und gräflich Löwenstein-Wertheim'schen Standesherrschaft in Kraft zu treten haben.

Dasselbe Blatt theilt die Verwendungen mit, welche die am Reformationsfest 1861 für die evang. Diaspora und am Buß- und Bettag 1860 und Charfreitag 1861 für Kirchen-, Pfarr- und Schulhausbau des Unterlandes erhobenen Kollekte gefunden haben. Die Reformationsfest-Kollekte 1861 betrug 2615 fl. 31 kr. Davon erzielten: 1) die Evangelischen in Altheim für Schulbedürfnisse 50 fl.; 2) die Evangelischen in Dürmersheim für Schulbedürfnisse und Gehalt für den Vikar 350 fl.; 3) die Evangelischen in Furwangen für kirchliche Bedürfnisse 50 fl.; 4) die Evangelischen in Meßkirch zur Förderung der Erbauung eines Bethauses 380 fl.; 5) die Evangelischen in Neuchen für kirchliche Bedürfnisse 100 fl.; 6) die Evangelischen in Kottensfeld zur Bestreitung der Pflorsationskosten 50 fl.; 7) die Evangelischen in Säckingen zur Salairung des Geistlichen 200 fl.; 8) die Evangelischen in Tauberbischofsheim zur kirchlichen Bedürfnisse 60 fl.; 9) die Evangelischen in Ueberlingen zur Erwerbung eines gottesdienstlichen Gebäudes 300 fl.; 10) die Evangelischen in Willingen zur Tilgung ihrer Kirchenbauschuld und zu sonstigen Bedürfnissen 500 fl.; 11) die Evangelischen in Waldshut zu Pflorsationskosten und Anschaffung eines Harmoniums 140 fl. Endlich wurden zur Unterbringung ev. Kinder in Stockach und Ueberlingen behufs einer regelmäßigen Theilnahme am Konfirmationsunterricht 64 fl. verwendet. Der Rest der Kollekte mit beiläufig 370 fl. blieb für einige weitere Pflorsationsbedürfnisse der Diaspora vorbehalten, welche als dringlich anerkannt sind, aber zu zweckmäßiger Befriedigung noch weitere Verhandlungen erfordern.

Die am Buß- und Bettag 1860 und Charfreitag 1861 erhobene Kollekte lieferte einen Ertrag von 1892 fl. 49 kr. Aus dieser Summe und dem verfügbaren Ertrage der Kollektengelder-Fonds erzielten a) im Mittelrheinkreis: 1) die ev. Gemeinde Ruit zu Erbauung einer Kirche 800 fl.; b) im Unterelbkreis: 2) die ev. Gemeinde Daubach zu verschiedenen Herstellungen an Kirche und Pfarrhaus 60 fl.; 3) die Evangelischen in Friedrichsfeld als Beitrag zu Schulhausbaukosten 600 fl.; 4) die ev. Gemeinde Grombach zu Restauration der Kirche 80 fl.; 5) die Evangelischen in Hochhausen als Beitrag zu Kirchenreparatur-Kosten 150 fl.; 6) die ev. Gemeinde Schatthausen zu Pfarrhausbaukosten 240 fl.; 7) die Evangelischen in Strümpfelbrunn zu Erweiterung des Schulhauses 350 fl., zusammen 2280 fl.

Die Gemeinden, welche auf Unterstützung aus diesen Kollektengeldern Anspruch machen, haben ihr Gesuch jeweils auf den 1. Sept. durch die betreffenden Dekanate einzureichen.

Frankfurt, 3. Jan. (Zeit.) Die gestern ausgefallene Bundesversammlung ist auf Samstag den 4. Januar verschoben worden.

Wiesbaden, 2. Jan. (Zeit.) Die beiden Redakteure der „Wiesbadener Ztg.“, Dr. Koch-Conrad und Dr. E. Löwenthal, sind wegen einer in dem gestrigen Leitartikel gefundenen Gotteslästerung auf Verfügung des Justizamtes in der letzten Nacht verhaftet worden.

Kassel, 2. Jan. (Fr. Z.) Die Aufregung über die Adressenkonfiskation dauert fortwährend an, und noch immer drohen Hausdurchsuchungen. Die Rühmlichkeit in der Angabe von Gründen frappirt das Publikum eigentlich mehr,

als die Konfiskationen selbst. Man ist übrigens allgemein der Ansicht, daß die Regierung im Interesse der Opposition gar nicht besser handeln kann, als von ihr geschieht.

Kassel, 3. Jan. (N. Corr.) Von der Zweiten Kammer wurden Nebelshaus und Ziegler zu Präsidenten, Hünersdorf und Rudolph zu Sekretären gewählt. Landtags-Kommissar v. Dehn-Rothfeller erklärte die zuvor abgegebene Rechtsverwahrung für ungesetzlich und verließ vor der Wahl mit den Abgg. Ruhn und Stroh den Saal.

Bonn, 30. Dez. Hier hat sich ein konstitutioneller Verein gebildet, welcher insbesondere auf die Wahl liberaler Männer in die Gemeindevertretung und in das Abgeordnetenhaus hinwirken will.

Berlin, 2. Jan. Ein Münchener Korrespondent der „Wien. Ztg.“ schreibt, anknüpfend an Frn. v. Sybel und seine frühere Stellung in der bayrischen Hauptstadt: Es ist unbegreiflich, wie ein Mann von politischer Einsicht, der mehrere Jahre lang unter uns in Verhältnissen lebte, die ihn mit Hoch und Niedrig in Berührung brachten, das bayrische Volk und seinen König so wenig erkannt hat, daß er sich der Täuschung hingeben kann, man werde sich hier jemals aus freien Stücken der preussischen Hegemonie fügen. Eine Unterwerfung durch Waffengewalt aber, wenn sie möglich, wäre nur der Anfang vom Ende, und dieses Ende würde ein Ende sein mit Gerechtigkeit. Es würde zu einem politischen dreißigjährigen Krieg führen, wenn es noch dreißigjährige Kriege geben könnte. In heraufzubehobenen ist freilich, in Betracht am großen deutschen Vaterland. Doch kann man Stimmen vernahmen unter ruhigen bedächtigen Männern, welche ihn herbeiwünschen, da es denn doch einmal zur Entscheidung kommen müsse, die nicht zweifelhaft sein könne; sofern wir nicht gehindert seien, den Kampf ohne fremde Einmischung unter uns auszukämpfen.

Dazu bemerkt heute die ministerielle „Sternzeitung“:

Es ist ein Ereigniß von eigentümlichem Interesse, im amtlichen Organ der k. preussischen Regierung die Chancen eines deutschen Bürgerkriegs erwähnt zu sehen, der die Bundesbrüderlichkeit eines oder mehrerer deutscher Staaten voraussetzt. Gleichzeitigkeit und wohl als ein Beitrag zur Charakterisierung des modernen Journalismus bemerkt zu werden, daß in der „kaiserlichen Wiener Zeitung“ keine Hindeutung auf Preußen als den nothwendigen Widerlager und Kriegsgesind der bayrischen Krone enthalten ist, und daß in demselben amtlichen Organ die Niederlage Preußens für diese Eventualität, sofern ihm keine auswärtige Hilfe zu Theil werde, als bevorstehend erscheint.

In der vergangenen Sylvesternacht kam es unter den Linden wieder zu Straßentumulten, die durch Ruchwillen und Trunkenheit gehoben, so stark wurden, daß die Schugmannschaft einschreiten mußte. Junge Burche und loses Gesindel sind die Haupturheber gewesen. Der „Magd. Ztg.“ zufolge ist die als bevorstehend bezeichnete Anregung des Projekts einer Ablösung der Elbzölle nunmehr in der Elbschiffahrts-Revisionskommission seitens der Regierungen von Hannover und Mecklenburg wirklich erfolgt. Zweck derselben ist, die Verhandlungen auf ein Feld zu drängen, auf welchem dieselben voraussichtlich ohne alles Resultat bleiben werden. Einwirken sind die Bevollmächtigten größtentheils darüber nach Haus geehrt und die Konferenzen bis zum 7. Jan. vertagt. Demnach sollen die Verhandlungen angeblich wieder aufgenommen werden, wenn nämlich die Kommissäre bis dahin von ihren resp. Regierungen mit Informationen versehen sind.

Wien, 3. Jan. Man schreibt der „Wien. Korresp.“ aus Venedig, daß Febr. v. Hübner am Neujahrstag sich unter den Gärten der kai. Tafel befunden hat. Das Aeußere der Kaiserin zeigt keine Spur von Krankheit. Der Kaiser stellt sich nur noch selten ein. Die Stimmung läßt Nichts zu wünschen übrig. Nur zwei Nobilitäten haben es unterlassen, sich am kaiserl. Hofe einzufinden. Oesterreichische Monarchie.

Magnsa, 1. Jan. Gestern gingen 300 Insurgenten unter Anführung Jole's, Bruders des Luka Butalovich, gegen Povo ab. Verona, 2. Jan. Sr. Maj. der Kaiser ist um 11 Uhr Vormittags hier angelangt. Um 2 Uhr fand die Vorstellung sämmtlicher Zivil- und Militärbehörden statt.

Frankreich.

Paris, 3. Jan. Die erste Abtheilung des gegen Mexiko bestimmten Geschwaders, bestehend aus dem Linienerschiff „Massena“, drei Fregatten und einem Dampfavisso, ist am 12. Dez. im Hafen von St. Pierre auf der Insel Martinique angekommen. Die zweite Abtheilung wird den 15. erwartet. Das ganze Geschwader soll den 20. nach der Havannah abgehen und in Gemeinschaft mit den allirten Streitkräften zwischen dem 1. und 5. Jan. vor Vera-Cruz erscheinen. Das „Pays“ will über London aus Kissaou eine Depesche vom 29. Dez. erhalten haben, der zufolge der König von Portugal unwohl wäre, wie man annehmen müsse, wohl in Folge des Schmerzes über das Unglück, das seine Familie heimsuchte. Auch der Zustand des Prinzen August, des einzigen noch überlebenden Bruders des Königs, hätte sich wieder verschlimmert. Die „Presse“ theilt mit, daß der Kongreß dem Präsidenten Lincoln ein Vergeltungsschreiben wegen seines bisserigen Verhaltens überreicht habe. In Berücksichtigung der von Frankreich, Preußen und Oesterreich über die Trent-Angelegenheit kundgegebenen Ansicht hätte der Präsident seine Antwort auf das Lincoln'sche Ultimatum bis auf den 25. hinausgeschoben. Wie der „Schw. Mrk.“ hört, glaubt man in London, daß Lincoln vermutlich einen Ausweg wählen werde, aus dem sich die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens ergäbe. Er werde vermutlich in seiner Antwort erklären, daß die Sache fraglich sei und der reiflichsten Untersuchung bedürfe, somit auf diplomatischem Wege auszugleichen sei. Eine derartige Antwort auf das englische Ultimatum dürfte allerdings Lord Lyons, seinen Instruktionen gemäß, nicht gestatten, seine Adresse anzuschreiben. Indessen würde andererseits England kaum die Feindseligkeiten eröffnen können, so lange die Amerikaner nicht abgesetzt

Genugthuung versagen. In wenigen Tagen wird sich zeigen, ob diese Ansicht der Sachlage die richtige ist.

**Paris, 3. Jan.** Der Telegraph aus London bringt heute allerlei Versionen, worin Befürchtungen und Hoffnungen wegen der Lösung der Trent-Anglegenheit sich gegenständig aufwiegen. Die „Morn. Post“, Organ Lord Palmerston's, hebt hervor, daß Hr. Seward zwei Tage vorübergehen ließ, ohne auf die offiziellen Eröffnungen des Lords Lyons irgend einen verbindlichen Schritt zu thun. Sie erblickt hierin ein für eine friedliche Lösung nicht günstiges Anzeichen. Nichtsdestoweniger muß ich konstatieren, daß fast sämtliche in London eintreffende Briefe aus den Vereinigten Staaten einen vollständigen Umschwung in der dortigen öffentlichen Meinung und in den einflussreichsten Organen der Presse andeuten, und so gewaltig im Anfange auf der Presse und der Regierung der Druck des Kriegsgeschickes der demagogischen Partei war, eben so kräftig macht sich jetzt die friedlichere Gesinnung des vernünftigen Theiles der Bevölkerung geltend. Diese Nachrichten hindern übrigens nicht, daß man in London die Kriegsvorbereitungen aufs energischste fortsetzt. Gestern beschloß das Cabinet, nicht nur eine Infanteriereferve nach den Bermudas zu schicken, sondern dort auch eine Artilleriepark-Reserve zu etablieren. Die beschalligten Weisungen gingen sofort nach Woolwich und Chatham ab. An demselben Tage gingen von einer ungeheuren Menschenmenge begleitet, 3 Infanteriebataillone von London nach Southampton ab, um von da nach Canada eingeschifft zu werden.

### Großbritannien.

**\* London, 2. Jan.** Die mit der „Africa“ angekommenen amerikanischen Zeitungen und Briefe, aus denen wir heute das Bedeutendste mittheilen, sind im Lauf der verwichenen Nacht hier eingetroffen. Folgendes wird zur Ergänzung der bereits mitgetheilten telegraphischen Auszüge aus denselben dienen:

**New-York, 19. Dez. Abends.** Der Dampfer „Europa“ war mit der europäischen Post vom 2. Dez. am 15. bei Halifax angekommen. Von da war der wesentliche Inhalt der englischen Blätter in Betreff der Trent-Affäre zugleich mit der Entschliessung des britischen Cabinets nach New-York und Washington telegraphirt worden, wo diese Nachrichten am 15. Nachmittags anlangen und rasch bekannt wurden, obwohl das Sonntag wegen keine Abendblätter ausgegeben werden konnten. Am folgenden Morgen (16.) erschienen umfassende Auszüge der englischen Blätter in den amerikanischen Blättern, und die Trent-Affäre wurde sofort ausschließliches Tagesgespräch. An einen Krieg mit England wollten die Wenigsten glauben, und noch vernahm man in der Presse und im Publikum den einstimmigen Ruf, daß die H. Mason und Sibell auf keinen Fall herausgegeben werden dürfen. Am darauffolgenden Tag (17.) war die Stimmung aber merklich ruhiger geworden; man fing an, die Frage zu erörtern, ob die Herausgabe der Gefangenen nicht doch durch Geleg und Politik geboten sein dürfte. Dazwischenher Gerüchte aller Art, so z. B. daß die Getreideaufuhr von Seiten der Regierung verboten worden sei, was sich jedoch bald als eine leere Erfindung herausstellte.

Mittlerweile war am 17. Nachmittags die „Europa“ in Boston eingetroffen. Eine halbe Stunde später verließ die dort stationirte britische Dampfschiffaluppe „Minardo“ den Hafen, angeblich um etwa aus London eingetroffene Depeschen dem Kommandeur der britisch-nordamerikanischen Flotte zu überbringen. Der englische Kabinetssekretär, Kapitän Seymour, und M. Cooke, der Depeschen von Hrn. Adams, dem amerikanischen Gesandten in London, mitgebracht hatte, reisten zusammen von Boston sofort nach New-York, und von dort weiter nach Washington, wo sie am 18. um Mitternacht eintrafen. (Ersterer ein paar Stunden vor seinem amerikanischen Kollegen, da er sich eine eigene Maschine bestellt hatte).

Der Ton der am 18. ausgegebenen amerikanischen Blätter war ein merklich maßvollerer. Die Auslieferung der Gefangenen, von der früher als von etwas Unabwendbarem kaum gesprochen worden war, wurde nun allenthalben erörtert. Die Börse war in aufgeregter Stimmung, Fonds drückten sich um 3 Proz., und noch gewaltiger war der Eindruck, als mittlerweile (am 18. Nachmittags) später englische Berichte (vom 6.), die von den großen Rüstungen diesseits des Ozeans erzählten, eintrafen.

Aus Washington waren am 18. sonderbarer Weise (wahrscheinlich durch Dazwischenkunft der Regierung) gar keine Telegramme an die New-Yorker Blätter gelangt. Am folgenden Tag aber meldete von dort die „New-York Times“:

Heute wurde im Ministerialrathe die engl. Frage diskutirt, natürlich nicht ganz formell, da die engl. Depeschen noch nicht überreicht sind. Es herrscht nur eine Ansicht (im Cabinet?), die nämlich, daß die Begünstigung des Südens jetzt durch ein Zerwürfniß mit England nicht gefördert werden dürfte. Die Regierung ist wahrscheinlich überzeugt, daß das Geschäft nach einem Kriege mit England von den Partisanen der Rebellen ausgeht, und daß es diesen vor Allen darum zu thun ist, eine solche Division zu Stande zu bringen. Die Regierung ist der Ansicht, sie habe kein Recht, der Rebellion neues Leben einzubringen, daß sie sich in einen neuen großartigen Kampf stürze, und zögert natürlich, eine Politik zu erlassen, die jedes Verächter mit Freude erfüllen würde. Mögen diese oder andere Rücksichten schließlich überwiegen, das Eine kann ich aus bester Quelle sagen, daß Englands Forderungen in verhältnißmäßig Geiste werden angenommen werden, wodurch die Verkündung widerlegt sein wird, daß Hr. Seward oder irgend ein Mitglied des Cabinets einen auswärtigen Krieg herbeizuführen wünsche. Da wir jetzt wissen, daß die Depeschen der H. Mason und Sibell in England sind, ist die Frage, was mit deren Trägern geschehen soll, von untergeordneter Bedeutung. Noch hat sich die Regierung nicht die Hände gebunden. Auf keinen Fall wird die Sache erledigt werden, ohne daß das Untersuchungsrecht gründlich beschränkt würde.

Am demselben Tage (19.) hatte die „Tribune“ gemeldet, der Präsident werde über die Beziehungen zu England dem Senat eine Postpost zuschicken; vorerst seien alle Gerüchte

von der beschlossenen Herausgabe der Gefangenen unbegründet.

Drei Tage früher (am 16.) war eine von Ballanbigham (aus Ohio) eingebrachte Resolution: „daß es die Pflicht des Präsidenten sei, den eingenommenen Standpunkt festzuhalten und die Handlung des Kapitans Wilkes trotz aller Drohungen und Forderungen Englands zu billigen“, auf Antrag Benton's (aus New-York) mit 109 gegen 16 Stimmen beseitigt.

Am 19. Mittags hieß es in New-York allgemein, die Regierung werde sich zur Herausgabe der Gefangenen verstehen, wofür in den englischen Forderungen nichts enthalten sei, was die Ehre und Empfindlichkeit des Landes verletzen könnte. Der „New-York Herald“ aber hatte noch am 17. die Nichterträglichkeit gehabt, darauf hinzuweisen, daß sich für ungefähr 600 Millionen Dollar Staats- und sonstige Papiere in den Händen englischer und französischer Unterthanen befinden, und daß im Fall eines Krieges die Regierung wohl daran thäte, das Eigenthum derselben zu konfiszieren und die Getreideaufuhr zu verbieten.

Daß Lord Lyons am 20. Morgens seine Depeschen noch nicht in offizieller Weise überreicht hatte (den Grund hierfür gibt die heutige „Morn. Post“ an), daß weder er, noch der französische und preussische Gesandte beim letzten Präsidenten-Lexer anwesend waren, und daß der Finanzsekretär Chase bei einem Meeting der Banken erklärt hatte, die Trent-Anglegenheit könne und werde friedlich ausgeglichen werden, ist bereits mitgeteilt worden.

Alle obigen Berichte zusammengenommen geben von neuem Berechtigung zu hoffen, daß die amerikanische Regierung, dem Ernst der Lage Rechnung tragend, lieber die Forderungen Englands erfüllen, als sich in einen neuen Krieg verwickeln wird, wobei jedoch nicht außer Acht gelassen werden darf, daß noch gar nichts vorliegt, was als eine entscheidende Neußerung des Präsidenten gedeutet werden könnte. Wir hören vorerst nur von „Stimmungen“ des Publikums und von Ansichten der Presse.

Letztere zu vervollständigen erwähnen wir noch den Hauptinhalt einer Washingtoner Depesche im „New-York Herald“ vom 20.: Bis 11 Uhr Nachts hatte Lord Lyons seine Depeschen noch nicht überreicht; von unserem Gesandten in London eingesandten sehen die Stimmung in England genau auseinander, erwähnen aber nichts über den Inhalt der englischen Forderungen. Aus bester amtlicher Quelle wird übrigens berichtet, laut heute eingetroffenen Privatbriefen hochstehender britischer Staatsmänner werde die englische Regierung nicht die Freilassung der Gefangenen, sondern nur eine Entschädigung und ehrenhafte Genugthuung verlangen. Dasselbe wird von wohlunterrichteten Amerikanern aus London gemeldet. — In seinem leitenden Theile bemerkt der

„Herald“:

Es freut uns, aus Washington zu vernehmen, daß dieser unbedeutenden Trent-Affäre kein Krieg mit England entspringen wird, daß der Präsident und sein Cabinet vollkommen ruhig und unbefangene sind, und daß im Kongress Hr. Ballanbigham allein sich nach Krieg sehnt.

Der gemessene, vernünftige Brief des Generals Scott und die überzeugenden Forderungen von Cobden und Bright werden den Engländern gezeigt haben, daß die Trent-Affäre sich von zwei verschiedenen Seiten ansehen lasse. Das Kriegsgeschrei drüben wird daher wohl eine Seitenblase gewesen sein u. s. w.

Aus Philadelphia wird vom 16. gemeldet, daß die drohende Lage dort alle Effekten gedrückt habe. Aus Baltimore, daß in Folge der englischen Berichte sich warme Sympathien für den Präsidenten und die Union kundgeben, daß fast alle Irländer von Baltimore bisher zu den Rebellen gehörten, sich aber dem Norden anschließen werden, wenn es gegen England losgeht. Aus Pittsburg: Alles sei erbittert über den hochfahrenden Ton der engl. Presse, und entschlossen, den Ausschneideereien Englands kein Haar breit zu weichen. Aus Louisville: Die englischen Neuigkeiten seien ziemlich faßlich aufgenommen worden, doch sei Tabak etwas gefallen. Aus Cincinnati: Die Aufregung sei groß; man fürchte, daß es zum Krieg kommen werde. Aus Cleveland (Ohio): Man höre allgemein die Ansicht aussprechen, daß die Regierung sich durch die engl. Forderungen nicht einschüchtern lassen dürfe. Aus Chicago ungefähr dasselbe, daneben die Hoffnung, daß sich die Streitfrage einem Schiedsrichter zuweisen lasse. Aus Buffalo: Wohnungen an Volk und Regierung, nichts zu thun, was der Würde des Landes schädigen könnte.

Sämmtliche vorstehende Telegramme aus den Staaten sind vom 16. datirt, wo weder der ungefähre Inhalt der englischen Forderungen, noch die neuere Post, welche von den englischen Rüstungen meldete, bekannt sein konnte.

### Neueste Ueberlandpost.

**Friest, 2. Jan.** Der heute eingetroffene Lloyd-Dampfer „America“ bringt Nachrichten aus Calcutta vom 7., Bombay, 12. Dez. Lord Canning hat den beabsichtigten Besuch von Britisch-Birma aufgegeben und wird allsogleich zurückkehren. Salabat Khan, der Mörder des Majors Buxton, zum Tode verurtheilt, wird in Kotah gefesselt. In Kurachee wurde ein Individuum verhaftet, welches man für den berüchtigten Rana hält.

### Neueste Levantepost.

**Konstantinopel, 28. Dez.** Niza Pascha wurde die Rückkehr hierher gestattet. Der persische Gesandte ist angekommen. Mehemed Kiprisli Pascha soll zum Minister ohne Portefeuille ernannt werden. Eine Aenderung im Finanzministerium ist bevorstehend.

**Beirut, 16. Dez.** In Karkuan ergriffen zahlreiche Maroniten die Waffen. Ein türkisches Bataillon wird abgeschickt, um den Verkehr an der Küste aufrecht zu halten.

**Teheran, 22. Nov.** Im Khorassan wurde ein neuer Sieg errungen. Der russische Gesandte Amischloff ist schwer erkrankt.

### Amerika.

**\* Savannah, 7. Dez.** Die gegen Mexiko bestimmten 3 Divisionen des spanischen Expeditionskorps haben successive, am 29. November, 1. und 2. Dezember, die Havannah verlassen. Der Effectivbestand beträgt 6000 Mann, und das ganze Geschwader besteht aus den Schraubendampfern: „Princesa de Asturias“ (50 Kanonen); „La Realad“ (47 K.); „Concepcion“ (37 K.); „Petronilla“ (37 K.); „Berenguela“ (37 K.) und „La Blanca“ (37 K.); den Räderdampfern: „Isabel la Catolica“ (20 K.); „Francisca de Avis“ (20 K.); „Blasco de Garay“ (6 K.); „Pizarro“ (6 K.); „Belasco“ (6 K.); „Fertod“ (4 K.) und „Guadalquivir“ (2 K.); den Handelstransport-Dampfern „Cardenas“, „Mafio“, „Cuba“, „Pazaro del Dreano“ und „Cubana“; den Segeltransportschiffen: „Marigalante“, „St. Maria“, „Sunrise“, „Teresa“, „Favorita“, „Pasma“, „La Paquita“ und aus 18 Landungsschaluppen mit 30 Kanonen. Den Befehl über die Seestreitkräfte führt General Kubalcaba und über die Landungstruppen die Brigadiers Gasset und Vargas.

**Rachskrist.** Die mexikanischen Truppen haben Vera-Cruz geräumt und die Kanonen der Festungswerke nach den Eilen nach Puebla, nach den Andern nach Mexiko transportirt. Die Einwohner selbst sind geflohen. Morgen wird das span. Geschwader vor Vera-Cruz ankommen. Spanien hat den Generalkapitän von Cuba bevollmächtigt, einen Dampfboot-Dienst zwischen der Havannah und Vera-Cruz herzustellen.

### Vermischte Nachrichten.

Unter den Regierungen des deutschen Zollvereins ist die Vereinbarung getroffen, daß die zur diesjährigen Londoner Ausstellung bestimmten Kunst-, Industrie- und Landwirtschaftsprodukte für die Hin- und Rückführung auf allen deutschen Staatsbahnen Frachtfreiheit genießen.

**Mainz.** Die Berliner „Volkzeitung“ bringt einiges Nähere über das gestern erwähnte anfallende Fest am zweiten Weihnachtstage. Darnach war es ein Veteranenfest im „Holländischen Hofe“, an welchem 80 bis 90 alte und junge Männer Theil nahmen, Exlerer mit der Helena-Medaille angehängt. Der Saal war geschmückt, wie angegeben. Dem französischen Konsul sei bei seinem Eintritt begeisteter Zuruf mit Trommel- und Hörnerhall entgegengeklungen. Der Konsul habe den Ehrenplatz in der Gesellschaft eingenommen; ihm zur Linken sah der Herr germeister der Stadt. Bei dem Mahle habe der Konsul einen Toast im gebrocheneu Deutsch ausgebracht, worauf von einem Veteranen in französischer Sprache geantwortet worden sei. Trinkprüche in französischer Sprache auf den „großen Kaiser, das glorreiche Kaiserthum, die stetig wohnende Armer, die ruhmvollen Marschälle“ hatten sich dicht aneinander gereiht und förmlich begeistert Aufnahme gefunden. Es habe der tolle Jubel bis tief in die Nacht hinein gedauert.

**Hochst, 1. Jan. (Mannh. Z.)** Die großen Vosongaro'schen Gebäulichkeiten sind durch Kauf (für 100,000 fl.) in den Besitz des Eigenthümers der Gadvorte von Mainz, Mannheim etc, Frn. Sonntag übergegangen. Die Gebäude sollen zu Fabrikzwecken benutzt werden.

**Wiesbaden, 2. Jan.** Die Rheinbahn, von welcher bis jetzt nur die Strecke Wiesbaden-Nüdesheim in Betrieb ist, wird auch für die Strecke Nüdesheim-Bahnstein am 15. Jan. eröffnet werden, so daß sie von da an auf dem ganzen nassauischen Ufer dem öffentlichen Verkehr übergeben ist.

**X Karlsruhe, 31. Dez. (Eingekandt.)** Wer in unserm Lande sich Gelegenheit nahm, die revue musicale der „Gazette de France“ durchzumustern, wird sich eines Aufzuges vom März d. J. erinnern, in welchem aus Anlaß einer Nachricht über die soirées musicales bei Madame Eugenie Garcia in Paris, einer jungen liebenswürdigen Salonmännin, Frau Anna Reih aus Mannheim mit großem Lobe erwähnt wird. Der Aufsatz in der „Gazette“ sagt, daß Frau Reih im Besitz einer großen Mezzosopranstimme sich befindet. Inzwischen lesen wir in denselben Blättern, welche entschiedene Erfolge dieselbe sich in mehreren Konzerten des Gewandhauses zu Leipzig errungen; auch die „Berliner Monatspost“ machte im Laufe d. M. darauf aufmerksam, daß Frau Reih, Schülerin der Frau Biardot Garcia zu Paris, sich in Berlin befindet, wo sie in einem Kreise von Kennern durch ihre große Stimme und deren vorzügliche Bildung Aufsehen erregte. Wenn wir recht unterrichtet sind, so befindet sich die Künstlerin, Tochter des früheren Oberbürgermeisters und Abgeordneten Hrn. J. Reih, eines im ganzen Lande geachteten Mannes, z. B. in Mannheim in ihrem elterlichen Hause. Wir sprechen beifalls den Wunsch aus, den gewiß Viele hier mit uns theilen, daß Frau Anna Reih ersucht werden möge, doch recht bald sich in einem Karlsruher Konzerte hören zu lassen; und an die H. Dirigenten der sog. Foyer-Konzerte richten wir die ganz ergebene Bitte, hierzu die Einleitung treffen zu wollen.

**Wien, 2. Jan.** Bei der heute stattgefundenen Serienziehung der österreichischen 250-fl. Loose von 1854 wurden folgende 17 Serien à 50 Stück Loose gezogen: Serie 137, 501, 688, 800, 886, 1346, 1467, 1515, 1711, 3075, 3078, 3169, 3293, 3312, 3333, 3475, 3524. Die Gewinnziehung erfolgt am 1. April. — Von der alten Staatsschuld wurden die Serien 20 und 37 gezogen. — Von den Mailand-Como-Rentien scheinen wurde Serie 36 gezogen.

### Quittung.

Von der Expedition der „Karlsruher Zeitung“ als Ertrag der bei ihr eingegangenen Gelder für die deutsche Flotte — Hundert dreiundfünfzig Gulden 47 kr. — heute baar erhalten zu haben, bezeugt Karlsruhe, den 4. Januar 1862.

R. Büsch, Advokat.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Rosenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

**Sonntag, 5. Jan. 1. Quartal. 3. Abonnementsvorstellung: Hans Seiling;** romanische Oper in 3 Akten, nebst Vorspiel von Eduard Devrient; Musik von Heinrich Marschner.

**Dienstag, 7. Jan. 1. Quartal. 4. Abonnementsvorstellung: Zum ersten Male wiederholt: Der häusliche Krieg;** komische Oper in 1 Akt von Caillet; Musik von Franz Schubert. Hierauf: Die Glocke; Gedicht von Schiller, mit Musik von Lindpaintner, szenisch und mit lebenden Bildern dargestellt.

3.e.382. Karlsruhe. Anverwandten und Freunden theile ich die Trauernachricht mit, daß meine liebe Frau, Friederike, geb. Kienle, durch den heute früh nach 6 Uhr erfolgten Tod, nach hartem Kampfe, von ihrer schweren Krankheit erlöst worden ist.

3.e.397. Dürheim. Entfernten Verwandten und Freunden theile ich mit tiefem Schmerz die traurige Nachricht mit, daß mein lieber Gatte, Apotheker Wilhelm Jäger, im Alter von 49 Jahren mir den ersten Januar, Nachts zwei Uhr, schnell und unerwartet durch den Tod entrissen wurde.

3.e.374. Im Verlage der W. Liebner'schen Buchhandlung in Sigmaringen erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen: Ueber das Verfahren bei der Güterzusammenlegung unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Hohenzollern'schen Lande.

3.e.389. Billingen. Verwaltergesuch. Die Verwaltung der Filialapothek in Dürheim ist wegen Ablebens des bisherigen Verwalters alsbald durch einen tüchtigen soliden Apotheker wieder zu besetzen.

3.e.384. Karlsruhe. Masken. Papier-, Wachs-, Sammt- und Atlas-Masken, Silber- u. Goldborden, farbige Glanzperlen und Tarletans.

3.e.386. Karlsruhe. Frische Schellfische. Kabeljau, Solles, Turbots, Homards, Austern, Büdinge, Gaugische, Bergord-Trüffel, Kapern, Diven, Champignons, Erbsen und Bohnen in Büchsen etc.

3.e.387. Karlsruhe. Drangen und Ananas. Rumsch und Ponche royal, imperial u. romain à 1 fl. 45 kr. per Flasche, Düsselorters Rumsch à 1 fl. per Flasche, Rum und Arac à 1 fl. per Flasche.

3.e.389. Karlsruhe. C. Arleth, Großherzoglicher Hoflieferant. Schönes franz. Geflügel, Frische Schellfische, Kabeljau, Solles, Turbots, Homards, kleine Seezrebse (Crevettes), frische Verrigord-Trüffel.

3.e.383. Nr. 36, 618. Karlsruhe. Papierlieferung zu Freimar-ken betreffend. Die diesseitige Verwaltung bedarf für das kommende Jahr ungefähr 80 bis 100 Bogen weißes Papier zum Freimar-ken-Druck.

3.e.359. Karlsruhe. Bekanntmachung. Sonntag den 12. Januar d. J. findet in dem durch Vereinigung des Zuschauer-raumes und der Bühne gebildeten Saale des Groß-Hoftheaters dahier

Der erste große Maskenball

Anfang Abends 7 Uhr, Ende Morgens 3 Uhr. Kasse und Zugänge werden um 6 Uhr geöffnet. Der Zugang zu dem Saal und den dazugehörigen Räumen ist Herren und Damen nur in anständigen Maskenanzügen, verlarvt oder nicht verlarvt, oder in Ballettoilette mit Masken-zeichen gestattet.

3.e.391. Karlsruhe. 4 1/2 Proz. Staats-Anlehen des Cantons Bern von 12 Millionen Franken. Nachdem die Obligationen dieses Anlehens erschienen sind, können dieselben gegen die von mir ausgegebenen Quittungen an meiner Kasse in Empfang genommen werden.

Ed. Rolle. Gas-Angelegenheit.

Herr Wilhelm Morstadt zum Director des Gaswerks Karlsruhe ernannt; was anordnend zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

3.e.380. St. Leon. Bugelaufener Hüh-nerhund. Es ist nur ein langhäriger, zottiger, brauner Hüh-nerhund zugelaufen, dessen Herr den umwohnenden und den hiesigen Jagliebhabern nicht bekannt ist.

3.e.300. Dürkheim. Gasthaus-Empfeh-lung. Ich erlaube mir ergebenst anzuzeigen, daß ich das Gast-haus zum Badischen Hof dahier künftlich erworben habe.

3.e.200. Dürkheim. Weinversteigerung. Am Mittwoch den 15. Jan-uar 1862, Vormittags halb 11 Uhr, läßt Grundherr Bern von Bulaß in seiner Behausung zu Dürkheim durch den Unter-zeichneten nachfolgende, selbstgezogene Weine gegen Baarzahlung bei der Abfassung öffentlich versteigern.

3.e.200. Dürkheim. Weinversteigerung. Am Mittwoch den 15. Jan-uar 1862, Vormittags halb 11 Uhr, läßt Grundherr Bern von Bulaß in seiner Behausung zu Dürkheim durch den Unter-zeichneten nachfolgende, selbstgezogene Weine gegen Baarzahlung bei der Abfassung öffentlich versteigern.

3.e.200. Dürkheim. Weinversteigerung. Am Mittwoch den 15. Jan-uar 1862, Vormittags halb 11 Uhr, läßt Grundherr Bern von Bulaß in seiner Behausung zu Dürkheim durch den Unter-zeichneten nachfolgende, selbstgezogene Weine gegen Baarzahlung bei der Abfassung öffentlich versteigern.

3.e.200. Dürkheim. Weinversteigerung. Am Mittwoch den 15. Jan-uar 1862, Vormittags halb 11 Uhr, läßt Grundherr Bern von Bulaß in seiner Behausung zu Dürkheim durch den Unter-zeichneten nachfolgende, selbstgezogene Weine gegen Baarzahlung bei der Abfassung öffentlich versteigern.

3.e.200. Dürkheim. Weinversteigerung. Am Mittwoch den 15. Jan-uar 1862, Vormittags halb 11 Uhr, läßt Grundherr Bern von Bulaß in seiner Behausung zu Dürkheim durch den Unter-zeichneten nachfolgende, selbstgezogene Weine gegen Baarzahlung bei der Abfassung öffentlich versteigern.

2500 Stück tannene Weiden, 1 Stamm eigenes und 5 Stämme forstene Baue und Buchholz.

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

2500 Stück tannene Weiden, 1 Stamm eigenes und 5 Stämme forstene Baue und Buchholz.

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir

3.e.378. Nr. 4. Wiesentbach. (Solzver-Regierung.) Aus Domainenveräußerungen vertheilern wir